

Ermländische Zeitung.

Mit den Beilagen: St. Adalbertsblatt,
Illustrierte Beilage und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die ein- spaltige Beilage oder deren Raum 12 Pfennige. Beilageemplare, falls erwünscht, das Stück 10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telefon Nr. 47.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Freteljahrpreis: in unserer Expedition Mk. 1,30, hiesigen Abonnenten ins Haus geschickt Mk. 1,70, auf den Reichspostanstalten am Schalter Mk. 1,50, durch Postboten ins Haus gebracht Mk. 1,92.

Hierzu eine Beilage und Ratgeber Nr. 44.

Für November und Dezember

nehmen alle Postanstalten und Landbriefträger Bestellungen auf die Ermländische Zeitung entgegen.

Die Proselytenmachererei und die evangelische Landeskirche.

Auf der Brandenburgischen Provinzialsynode fand am Montag eine interessante Verhandlung statt über die Unterstützung der Los von Rom-Bewegung in Oesterreich.

Wie blind die moderne Leidenschaft der Seelenjägererei macht, zeigt ein Antrag, den die Kreisynode D a h m e - D a r u t h feierlich beschloffen und bei der Provinzialsynode eingebracht hat. Darnach sollten 1) die sämtlichen Kirchenregimentar Deutschlands um thatkräftige Unterstützung der Bewegung in Oesterreich angegangen und 2) „jeder Evangelische angegangen werden, sich seiner Missionspflicht auch gegen Katholiken bewußt zu bleiben.“ Also offizielle Propaganda in Oesterreich und allgemeine Aufstachelung aller Protestanten zur „Bekehrung“ von Katholiken.

Natürlich konnte die vorsichtige Provinzialsynode diesen Antrag, der so unvorsichtig die Herzenswünsche der Romhasser enthüllte, nicht annehmen. Die Warte, in welche die notgedrungenen Ablehnung gewidelt wurde, verdient aber eine nähere Betrachtung.

Der Berichterstatter, Frhr. v. S o d e n, begann mit einem Kompliment für die kampflustige Kreisynode: man müsse ihr dankbar sein, daß sie der Provinzialsynode Gelegenheit gebe, ihre Blicke auf die „hoffnungsvolle große Bewegung in Oesterreich“ zu richten. Dann versicherte er, daß „in den meisten Kreisen anfängliche Bedenken gegen die Bewegung durch die weitere Entwicklung zurückgedrängt, viellecht überwunden worden seien.“ Nach diesen Sympathiebezeugungen kamen die formellen und materiellen Bedenken, welche darin gipfelten, daß eine „offizielle“ Unterstützung den gänzlich unberechtigten Eindruck verstärken könne, jene Bewegung schiele über die Grenze ihres Landes. Die organisierten Landeskirchen, zumal ihre Kirchenregierungen, würden besser thun, hier nicht einzugreifen; die Bewegung der Individuen, der Gewissen möge unterstützt werden, wiederum nach Gewissensüberzeugung, von einzelnen oder von Gemeinschaften.

Thatsächlich hat schon eine Unterstützung von offizieller Seite stattgefunden, z. B. durch den mecklenburgischen „Gotteskasten“. Die feine Unterscheidung zwischen der „organisierten“ Landeskirche und den nicht amtlichen protestantischen Organisationen hat überhaupt nur formelle Bedeutung. Der Evangelische Bund geht voran, der halbamtliche Gustav-Adolf-Verein kommt mit seinen großen und kleinen Liebesgaben gleich hinterher, die sächsischen Pastoren sorgen für das nötige Personal. Man braucht schließlich das amtliche Stillet nicht, da man Kampfgemeinschaften genug hat, in denen die streitlustigen Pastorenwelt mit ihrer „kleinen, aber mächtigen“ Laiengemeinschaft ebenso gut das Eroberungswerk betreiben kann, wie in ihren amtlichen Organisationen. Die Thatsache steht doch klar und zweifellos fest, daß die protestantische Propaganda in Oesterreich mit reichsdeutschem Geld und vorwiegend von reichsdeutschen Personen betrieben wird. Wenn nun die deutschen „Kirchenregierungen“ sich offiziell nicht betheiligen, so werden die Oesterreicher sich deshalb nicht in den Aberglauben wiegen lassen, daß die Bewegung nicht über die Grenze schiele.

Was nun den zweiten Punkt des Antrages betrifft (Missionspflicht jedes Protestanten gegen die Katholiken), so behandelt der diplomatische Referent diese für den konfessionellen Frieden sehr wichtige Angelegenheit als eine „offene“ Frage, die noch nicht so klar liegt, daß man als Synode ohne weiteres eine solche evangelisierende Missionspflicht auf das Gewissen legen könne. Die Frage soll nach seiner Ansicht „von Fall zu Fall“ entschieden werden. Also hier wie beim ersten Punkte die vorsichtige Ablehnung eines offiziellen Schrittes, aber die Freilassung der freien Proselytenmachererei!

Einen richtigen Gedanken brachte der Referent schließlich zum Ausdruck, aber leider nicht kräftig genug, indem er bemerkte: „Wir müssen hier Gottes Zeit und Stunde abwarten.“ Ja, wenn nur die „Evangelisationsgesellschaft“ und ihre Genossen dieses Abwarten üben wollten! Aber wenn man diesen Eiferern, die durchaus der göttlichen Vorkehrung vorgreifen wollen, Vernunft predigen will, so muß man schon etwas lauter und ernster reden! Dasselbe gilt von dem Schlußsatz der vorgelegenen Resolution, die eine sehr bittere Wahrheit enthält, aber von den Seelenjägern wohl nicht verstanden werden wird. Es heißt da: „Provinzialsynode“ ist aber gewiß, daß das Evangelium selbst, wenn Gottes Stunde schlägt, seine Mission

üben wird, wenn wir Evangelischen in unserer Kirche und unserem Leben es lauter und treu vertreten.“ Wenn das letztere der Fall wäre, so würden die lauterer und treuer Evangelischen vor allem ihre Sorgfalt den eigenen Brüdern widmen, die massenhaft rings um sie herum der Gleichgültigkeit und dem offenen Unglauben verfallen!

Die Verhandlungen der Provinzialsynode werden uns nicht in falsche Sicherheit wiegen. Aber die Katholiken werden bei ihrer notgedrungenen Abwehr auch nicht auf die Wahrheit vergessen, die wir längst bekannt und zu üben versucht haben: daß die beste Verteidigung des Katholizismus die lauterer und treuer Vertretung desselben in der Kirche und im Leben ist.

Deutsches Reich.

Der Kronprinz wird, wie die „Potsd. Corr.“ schreibt, nach Vollendung seiner Studien in Bonn längere Zeit aktiven Dienst bei der Kavallerie thun und zum Rittmeister und Chef der Leib-Eskadron des Regiments der Gardes du Corps ernannt werden. Hierauf wird er bei der Regierung in Potsdam durch den Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg in den Verwaltungsdienst eingeführt werden und alsdann als Major und Bataillonskommandeur beim 1. Garderegiment z. F. Dienst thun.

Fr. Berlin, 27. Oktober. Der Kronprinz von Dänemark traf heute nachmittags zum Besuche am Berliner Hofe ein. Die Nordd. Allg. Ztg. widmet ihm folgenden Begrüßungsartikel: „Die Nachricht von diesem willkommenen Besuche des dänischen Thronfolgers wird als ein Zeichen vortrefflicher Beziehungen zwischen unserem Kaiserthume und der dänischen Königsfamilie um so mehr allseitig mit Genugthuung begrüßt werden, als es bekannt ist, daß Seine Majestät der Kaiser für König Christian Gefinnungen aufrichtiger Verehrung hegt. Das Deutsche Reich, das seinem innersten Wesen nach auf der Achtung der Rechte aller darin vereinigten Staaten beruht, ist auch für die an seine Grenzen reichenden fremden Staaten ein sicherer und getreuer Nachbar. Es ist der Wunsch des Reichers und der Nation, der hohe Gast möge durch seinen Besuch auf deutschem Boden in der Ueberzeugung bestärkt werden, daß in Deutschland überall die Neigung und der feste Wille bestehen, die Freundschaft mit Dänemark im Interesse beider Mächte andauernd zu pflegen.“

CPC. Berlin, 27. Okt. Mit Vorschlägen auf Abänderung der Geschäftsordnung sind nach der Nat.-Ztg. Zentrumsabgeordnete an Mitglieder anderer Parteien herangetreten. Die Vorschläge gingen u. a. auf Abschaffung aller namentlichen Abstimmungen über Einzelgeschäfte, so daß namentliche Abstimmungen nur noch am Schlusse der dritten Beratung für die Gesamtabstimmung über eine Vorlage zulässig sein würden. Es ist möglich, daß solche Vorschläge gemacht worden sind. Die Frage, wie die Obstruktion zu verhindern sei, wird ja seit langem vielfach erörtert. Es handelt sich da aber um rein persönliche Meinungsäußerungen der betr. Abgeordneten. Namens des Zentrums sind keine Vorschläge gemacht worden, und es ist auch unwahrscheinlich, daß das Zentrum für eine Aenderung der Geschäftsordnung zu haben sein würde. Es kann ja schließlich so weit kommen, daß die Mehrheit im Stande der Notwehr den Versuch machen muß, sich der Vergewaltigung durch die Obstruktion zu erwehren. Aber im gegenwärtigen Augenblick, wo von einer Obstruktion noch garnicht ernsthaft gesprochen werden kann, wäre ein Versuch zur Aenderung der Geschäftsordnung mindestens verfrüht. Eine Aenderung der Geschäftsordnung ist nicht so leicht gegen die Minderheit durchzuführen, wie mancher denkt, es sei denn, daß man sie unter Verletzung der Geschäftsordnung durchzuführen wolle. Und wenn die beschlossene Aenderung dann auch noch den erwünschtesten Erfolg nicht hätte, so wäre die Mehrheit dreifach blamiert. Die Abschaffung der namentlichen Abstimmungen allein nützt noch nichts. Die Nat.-Ztg. meint, es solle, wenn sie erst durchgeführt sei, die Beratung über zahlreiche Jollpositionen zusammengefaßt werden, jedoch nicht über jede einzelne lange geredet werden könne. Es muß aber über jede einzelne abgestimmt werden, und da würde die Linke wohl schon Mittel und Wege finden, die Abstimmung außerordentlich langwierig und schwierig zu gestalten. Und wenn dann schließlich doch noch alle Wege der Mehrheit ungenügend wäre, man sich mit der Regierung nicht zu verständigen vermöchte?

— Die freisinnigen Parteien und die Sozialdemokratie haben sich darüber geeinigt, nach der Abstimmung über die Viehzölle den Antrag auf Aussetzung der Jolltarifberatung zu stellen. Der Antrag wird gestellt, weil die Linke eine Weiterberatung für nutzlos hält, so lange die Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Mehrheitsparteien bestehen. Aber da sie das Zustandekommen des Jolltarifs überhaupt nicht wollen, geht sie die ganze Sache ja gar nichts an. Sie können es doch ruhig der Mehrheit überlassen, ob diese sich zur gegebenen Zeit mit der Regierung verständigen kann und will. Ihr Antrag wird schwerlich angenommen werden. Ob es morgen oder erst übermorgen zur Abstimmung über die Viehzölle kommen

wird, steht noch nicht fest. Heute und am Sonnabend war der Besuch im Reichstage äußerst schwach. Morgen dürfte sich aber das Aussehen des Hauses schon wieder wesentlich geändert haben, da in Erwartung der Abstimmung die abgereisten Mitglieder in Masse zurückkehren werden.

Zu der gemeldeten Ausweisung des russischen Musikschriftstellers Bernstein versendet das Berliner Polizeipräsidium folgende Erklärung: Die in der Freitagnummer des „Vorwärts“ enthaltene Mitteilung, daß zu der im Februar d. J. angeordneten Ausweisung des russischen Staatsangehörigen Colla Bernstein aus Preußen ein Gesuch hiesiger Musikkritiker die Veranlassung gegeben habe, ist unrichtig. Ein solches Gesuch ist beim Polizeipräsidium niemals eingegangen.

Deutscher Reichstag.

CPC. Berlin, 27. Oktober.

Der Reichstag setzte am Montag die Beratung der Jolltarifvorlage fort. Von sozialdemokratischer Seite ist inzwischen ein Antrag eingegangen, welcher Jollfreiheit für Vieh und Fleisch, und im Falle der Ablehnung dieser Forderung Herabsetzung des Jolls für Zugochsen im Grenzverkehr fordert.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) bekämpfte die Grenzsperrern in ihrem jetzigen Umfange. Wenn man die Viehweiden erfolgreich bekämpfen wolle, solle man die Kreisärzte besser besolden, denn jetzt könnten sie mit Rücksicht auf die Privatlandschaft der Landwirte es gar nicht wagen, auf eine strikte Durchführung der veterinärpolizeilichen Vorschriften zu dringen.

Abg. Dr. Spahn (Z.) meinte, man müsse es dem pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörden überlassen, zu bestimmen, wie weit die Grenzsperrere aufrecht zu erhalten sei. Ein höherer Schutz der Viehproduktion würde vermehrte Viehproduktion und ein Sinken der Viehpreise zur Folge haben. Bei der gegenwärtigen Fleischsteuerung handle es sich um Preischwankungen, wie sie in bestimmten Zeiträumen regelmäßig wiederkehren. In der Frage der Mindestzölle für Fleisch und Vieh spiele die Frage der Höhe dieser Zölle nur eine untergeordnete Rolle; die Hauptsache sei, daß überhaupt ein Mindestzoll festgelegt und dadurch Beruhigung für die Landwirtschaft geschaffen werde.

Abg. v. D l e n b u r g (konf.) erblidete in dem Mindestzoll den Ausdruck des Mißtrauens, das infolge der Vera Capriotti in der Landwirtschaft gegen die Regierung Platz gegriffen habe; es solle damit nur vorgesorgt werden, daß bei den nächsten Handelsverträgen nicht wieder die Landwirte die Schafe seien, die geschoren würden.

Abg. Dr. B a c h n i d e (fr. Vgg.) hält es für zweifellos, daß hohe Fleisch- und Viehzölle ein weiteres Steigen der Fleischpreise zur Folge haben werde. Abg. Dr. S e m l e r (nl.) trat für die Regierungsvorlage ein, während Abg. B e d e r (Z.) an die Nationalliberalen den Appell richtete, auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse, für die allein eine Mehrheit im Reichstage zu beschaffen sei, an dem Zustandekommen der Vorlage mitzuarbeiten.

Hierauf vertagte sich das Haus.

Ausland.

Rom. Der Leibarzt des Papstes, Doktor Lapponi, ist an Blinddarmentzündung schwer erkrankt. Die Nachricht wurde dem Papste bisher verheimlicht. Lapponi wird von dem Leibarzt des Papstes, Dr. Mazzoni, operiert werden.

Rußland. Es scheint, daß auch in diesem Jahre verschiedene Teile Rußlands einen starken Notstand werden aushalten müssen. Der Finanzminister hat um einen Kredit von einer Million Rubel gebeten, die er den Landschaften der notleidenden Gouvernements zur Ausführung öffentlicher Arbeiten überwiesen will. Diese Meldung hat um so überraschender gewirkt, als vor einigen Monaten noch nichts von einer Mißernte zu hören war. Die Berichte lauteten im Gegenteile so günstig wie möglich. Man hoffte jedenfalls im europäischen Rußland in diesem Jahre von einem Notstande verschont zu bleiben. Auch jetzt schweigen die Zeitungen über diesen Punkt, was offenbar auf höhere Weisung zurückzuführen ist. Wie nun aber die Verhältnisse im europäischen Rußland auch liegen mögen, in den asiatischen Teilen hat an manchen Orten ein völliger Mißwachs stattgefunden. Das ist erst kürzlich durch Berichte sibirischer Blätter bekannt geworden, und es haben diese Meldungen die Sachlage mit einem Schlag klargelegt. Die „Wostokchnoje Doozrenije“ erzählt, daß in der Gegend am Barikalsee zwischen Suamenki und Wercholenst eine volle Mißernte stattgefunden hat. Jeder Bauer, den man darnach frage, erzähle betrübende Einzelheiten. Und zwar sei nicht nur das Getreide zugrunde gegangen, sondern meistens auch das Gemüse, das in jener Gegend verhältnismäßig viel gebaut werde. Die Kartoffelernte habe ein geradezu trostloses Resultat ergeben. Es ist begreiflich, daß die Bauern unter diesen Umständen mit schwerer Sorge in die Zukunft blicken. Auch in dem etwas westlicher gelegenen Bezirke von Mi-